

jugendsozialarbeit aktuell

Nummer 153 / April 2017

Liebe Leserin,
lieber Leser,

„Der Islam ist Teil Deutschlands und Europas.“ Nein, dies ist nicht der Satz, mit dem Christian Wulff 2010 in seiner Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Wiedervereinigung für zum Teil heftige Kontroversen sorgte. Dieser Satz stammt aus der Eröffnungsrede des damaligen Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble zur 1. Islamkonferenz 2006. Rechtspopulisten verkürzen seitdem eine Debatte um Werte und Haltungen verschiedener Religionen auf die Frage der Zugehörigkeit zu einem Staat, schüren Ängste und bieten in einer komplizierten und globalisierten Welt vermeintlich einfache Lösungen an: Raus mit all denen, die aus ihrer Sicht nicht dazugehören!

Was wir in der Katholischen Jugendsozialarbeit dem entgegensetzen können? Uns selbst! Auch wenn der Synodenbeschluss „Ziele und Aufgaben kirchlicher Jugendarbeit“ schon über 40 Jahre alt ist, fordert uns das darin beschriebene „Personale Angebot“ immer wieder aufs Neue heraus: Wir müssen die Fragen junger Menschen hören und aushalten können, sie auf tieferliegende Bedürfnisse untersuchen und dabei bereit sein, andere mit unseren Werten und Traditionen zu konfrontieren. Schlussendlich sind es unser Standing und unsere Haltung, die wir dem Rechtspopulismus entgegensetzen.

Wie wir in unserer Arbeit konkret mit Rassismus und Rechtspopulismus umgehen sollen, beschreibt Anne Broden in dieser Ausgabe von *jugendsozialarbeit aktuell*.

Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre!



Stefan Ewers
Geschäftsführer

Wie umgehen mit Rassismus und
Rechtspopulismus?

Anne Broden

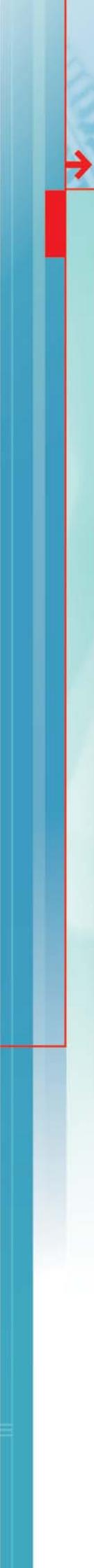
Einführung: (Antimuslimischer) Rassismus

Rassismus in Deutschland ist seit vielen Jahren vor allem ein antimuslimischer Rassismus. Es ist ein Rassismus, der nicht biologisch begründet wird, sondern der sich auf die vermeintlich völlig andersartige *Kultur* der Muslime bzw. der als muslimisch wahrgenommenen Menschen bezieht. Ich möchte einige Beispiele für diesen Rassismus, der tief in unserer Gesellschaft verankert ist, benennen:

- In Deutschland ist der antimuslimische Rassismus spätestens mit den gesellschaftlichen Debatten um Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ (2010) salonfähig geworden. Immerhin vertrat mit Sarrazin ein gebildeter und erfolgreicher Mann unverhohlen überwunden geglaubte biologistische Argumente gegenüber Muslimen und verband seine Argumentationen mit kulturalisierenden Zuschreibungen und ökonomistischen Interessen. Zu guter Letzt sprach er gar vom „jüdischen Gen“.¹

- Ein Jahr später, im November 2011, flog der rechtsterroristische sog. *Nationalsozialistische Untergrund* (NSU) auf. Die Verfolgungsbehörden sind, wie die Berichte der unterschiedlichen NSU-Untersuchungsausschüsse zeigen, nicht nur auf dem rechten Auge blind gewesen, sie haben im Kontext der NSU-Morde systematisch versagt und suchten aufgrund ihres rassistischen Weltbildes im Umfeld der Mordopfer nach den vermeintlich muslimischen Tätern.

- Die Medien hatten über Jahre hinweg nicht nur völlig unkritisch die Arbeit der



Polizei im Kontext der NSU-Morde begleitet, sie erfanden zudem die Bezeichnung „Dönermord“, als seien Fleischballen umgebracht worden.

- Mit dem Aufkommen von Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) im Herbst 2014 in Dresden fand eine rechtspopulistische bis extrem rechte Bewegung großen Zulauf und das in einem Bundesland, in dem 0,3 Prozent der Bevölkerung als muslimisch gilt. An den Erfolgen von Pegida auf den Straßen und der AfD bei Landtagswahlen wird deutlich, dass hier nicht einfach – wie ständig von deren VertreterInnen suggeriert –, die Ängste der Menschen ernst genommen werden, sondern dass diese Ängste größtenteils irrational sind.

- Nach dem kurzen Sommer der Willkommenskultur wurden in Deutschland und der EU die Grenzen wieder hochgezogen, das Asylrecht wurde verschärft und nach wie vor werden Schlepperbanden für die Toten im Mittelmeer verantwortlich gemacht. Die Tatsache, dass es beispielsweise für syrische Bürgerkriegsflüchtlinge keinen legalen Weg nach Deutschland gibt, dass sie dementsprechend auf Schlepper angewiesen sind, wird hingegen unterschlagen. Dabei könnte es die Bundesregierung ermöglichen, dass in deutschen Botschaften, beispielsweise in Amman oder Beirut, Asylanträge von syrischen Flüchtlingen gestellt und bearbeitet werden. Mit der Möglichkeit, auf diesem Weg legal und gefahrlos nach Deutschland einreisen zu können, würde die Regierung zugleich den Schleppern wirkungsvoll das Handwerk legen, aber die restriktive Asylpolitik lässt diese humanitäre Geste nicht zu.

Diese Beispiele machen deutlich, dass (anti-muslimischer) Rassismus in Deutschland weit verbreitet ist, dass er kein Phänomen einiger weniger rechter und rechtspopulistischer Parteien und PolitikerInnen ist, sondern vielmehr getragen wird durch die gesamte Gesellschaft, also durch ihre PolitikerInnen, MedienvertreterInnen, Kulturschaffenden und weite Teile der Bevölkerung sowie durch ihre Strukturen, beispielsweise Polizei, Asylgesetzgebung etc.

Der autoritäre Charakter

Die AnhängerInnen der AfD (und sicherlich auch die SympathisantInnen der Pegida-Bewegungen)

werden in der Fachliteratur oftmals als *autoritäre Charaktere* (Adorno 1973) bezeichnet. Diese werden als *Radfahrernaturen* beschrieben: sie buckeln nach oben und treten nach unten. Das autoritäre Individuum sieht sich den Herausforderungen der globalisierten Gesellschaft nicht gewachsen. Es sucht nach Eindeutigkeit, nach Orientierung, nach einem starken Kollektiv, das ihm Sicherheit verspricht, simple Erklärungen für komplexe Problemlagen bietet und dem möglichst eine Führungsperson vorsteht, die sagt, ‚wo es lang geht‘. Die Organisationen, die diese Herausforderungen aktuell besonders gut zu erfüllen scheinen, sind die Pegida/*gida-Bewegungen und die AfD. Diese Organisationen erklären die Welt mit ihrer eindeutigen *wir-sie*-Aufteilung. Das *wir* wird als deutsch, als dazugehörig suggeriert, während *sie* als die Fremden, die *Nicht-Dazugehörigen*, als die *Gefährlichen* konstruiert werden. Muslime (und andere vermeintlich *Fremde*) werden durch Projektionen zur *Gefahr*, zum *Terroristen*, zum *Frauenfeind*. Alle unerwünschten Eigenschaften der eigenen Person (z. B. der eigene Sexismus) werden auf sie projiziert (was *wir ihnen* unterstellen, gibt es bei *uns* angeblich nicht). Und weil diese Projektionen funktionieren, werden Muslime (respektive Nordafrikaner, Juden und Jüdinnen etc.) gefürchtet und gehasst. Der autoritäre Charakter braucht die Anderen, um – nicht zuletzt vor sich selbst – bestehen zu können.

Die Ängste und der Hass begründen sich nicht mit der *Andersartigkeit der Anderen*, mit einer realen Gefahr, die von ihnen ausgeht; die Ursachen der Angst und des Hasses liegen vielmehr bei denjenigen, die die Angst und den Hass verspüren. Das Problem ist nicht die angstausslösende Differenz, sondern das identitäre Bedürfnis der Ängstlichen. „Wenn es keine Geflüchteten oder Musliminnen gäbe, vor denen sie [die autoritären Charaktere, Anm. AB] Angst haben können, müssten sie entweder welche erfinden oder sich andere Objekte suchen“, schreibt Floris Biskamp (Biskamp 2016, 6).

Die Objekte der Angst werden von Parteien wie der AfD nach strategischen Gesichtspunkten ausgewählt. Entscheidendes Kriterium für die Auswahl ist die *Anschlussfähigkeit* an die jeweils aktuellen gesellschaftlichen Diskurse.

Konsequenzen für den Umgang mit RechtspopulistInnen

Aufgrund der Funktionsweise der je Anderen als Projektionsfläche und Sündenbock ist es nicht sinnvoll, sich an die vermeintlich Ängstlichen

mit harten Fakten, historisch politischer Bildung oder Vernunftappellen zu richten. Auch ist es wenig hilfreich, die ‚Ängste ernst zu nehmen‘, denn sie beruhen eben auf Projektionen und nicht auf Fakten; sie sind anschlussfähig an die rassistischen Diskurse der gesellschaftlichen Mitte und erhalten dadurch ihre scheinbare Plausibilität. Im Umgang mit RechtspopulistInnen sollten nicht deren vermeintliche Ängste ernst genommen werden, sondern die Menschen als für ihr Tun verantwortliche Subjekte. M. E. geht es nicht darum, über die Berechtigung oder Plausibilität von vermeintlichen Ängsten zu sprechen, denn Ängste sind nicht einfach mit rationalen Argumenten zu bearbeiten. In der Auseinandersetzung mit AfD-AnhängerInnen oder Pegida-SympathisantInnen muss im öffentlichen Raum Gegenöffentlichkeit hergestellt werden, also deutlich gemacht werden, dass den rassistischen und nationalistischen Attitüden kein Platz eingeräumt wird. Dem autoritären Charakter muss mit *Autorität* begegnet werden, mit einer klaren menschenrechtsorientierten *Haltung*, die deutlich macht, dass Rassismus, Antisemitismus und andere Diskriminierungsformen nicht toleriert werden.

Im Kontakt mit Jugendlichen kann eine Lehrerin oder ein Jugendsozialarbeiter schnell zum Hamster im Rad werden, wenn sie oder er sich auf eine Diskussion mit rechtsaffinen Jugendlichen einlässt. Ernst zu nehmen ist nicht ihre angebliche Angst vor den *Fremden*, den je *Anderen*, ernst zu nehmen ist die Angst der Jugendlichen, keinen Ausbildungsplatz zu bekommen oder die Ratlosigkeit, die mit der Entscheidung für eine Ausbildung einhergeht. Ernst zu nehmen sind die Konflikte der Jugendlichen im Elternhaus oder in der Schule sowie die Ursachen ihrer Anfälligkeit für die rechtspopulistische Propaganda, z. B. mögliche eigene Gewalterfahrungen, sicherlich mangelnde Erfolge, fehlende Annahme und Wertschätzung sowie geringe Selbstwirksamkeitserlebnisse etc. Das in seiner Identität verunsicherte jugendliche Subjekt muss in den Blick rücken, nicht seine Projektionen und Feindbilder.

Erwachsene autoritäre Subjekte sind nicht zu pädagogisieren, sondern politische GegnerInnen. Im politischen Feld muss ihnen mit fachlicher, argumentativer und rhetorischer Kompetenz begegnet werden, d. h. ihren aus dem Kontext gerissenen Zitatensammlungen, ihrem Themenhopping, ihren vermeintlich wissenschaftlichen Fakten, ihren rassistischen und nationalistischen Ressentiments, ihrer Selbstpräsentation

als vermeintliche *Volksvertreter*. Das ist kein leichtes Unterfangen und bevor die politische Auseinandersetzung mit geschulten AfDlerInnen gesucht wird, sollte man sich fragen, ob man ihnen wirklich gewachsen ist.

Jugendsozial- und -bildungsarbeit sind keine Reparaturwerkstätte für gesellschaftliche Problemlagen. Zugleich ist es natürlich so, dass auch Jugendliche extrem rechte oder rechtspopulistische Äußerungen tätigen oder entsprechend handeln. Insofern können sich Sozial- und Bildungsarbeit nicht diesem Themenfeld verschließen, zumal eine menschenrechtsorientierte Haltung nicht in unseren Genen eingelagert ist, sondern immer wieder aufs Neue angeeignet werden muss.

Rechtsaffine Jugendliche sind zwar rassistisch bzw. für rassistisch unterfütterte und nationalistische Argumente offen und benutzen sie selbst, aber solange sie nicht ausschließlich in rechten Kreisen unterwegs sind, sondern auch noch Kontakte zu demokratisch gesinnten Jugendlichen, Familienangehörigen und PädagogInnen oder SozialarbeiterInnen haben, besteht noch die Chance auf Veränderungen.

Hingegen sind rechtsextreme und in entsprechende Gruppen und Parteien eingebundene Jugendliche kaum noch für eine menschenrechtsorientierte Haltung erreichbar. Mit rechtsextremen geschulten Jugendlichen zu diskutieren „ohne den Verstand zu verlieren“ (Schleicher 1997), ist kaum möglich. Eltern, LehrerInnen, PädagogInnen sollten sich davor schützen, zum Hamster im Rad zu werden.

... im öffentlichen Raum

Ob in der Jugendeinrichtungen, bei (Wahl-)Veranstaltungen, auf der Straße oder im Familienkreis – im Umgang mit RechtspopulistInnen und extrem Rechten gibt es drei unterschiedliche Aspekte zu berücksichtigen:

1. Opfer schützen
2. Gegenöffentlichkeit herstellen
3. Einstellungen verändern

In welchem Kontext auch immer, das Wichtigste ist es, potenzielle oder reale Opfer zu schützen, sei es, sich schützend vor sie zu stellen, ihnen Hilfe anzubieten, sie gegenüber den AngreiferInnen zu verteidigen. Dies sollte möglichst im Kontakt mit der betroffenen Person geschehen, nicht über ihren Kopf hinweg. Es geht nicht um

Paternalismus, sondern um Solidarität, es geht nicht darum, *für* die betroffene Person zu sprechen, sondern *mit* ihr. Nur wenn die Situation zu eskalierend, zu brennig oder zu gewaltvoll ist, bleibt oftmals für Kontaktaufnahme und Absprache keine Zeit und schnelles Eingreifen tut not.

Erst wenn die Betroffenen in Sicherheit sind oder keine konkret tätliche Gewalt zu befürchten ist, geht es darum, Gegenöffentlichkeit herzustellen, beispielsweise verbale Angriffe, rassistische Äußerungen deutlich zurückzuweisen. Es geht nicht um eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der rassistisch argumentierenden oder handelnden Person, es geht nicht darum, inhaltlich zu überzeugen oder moralisch zu belehren. Es geht nur darum, im öffentlichen Raum deutlich zu machen, dass wir keinen Rassismus oder Antisemitismus, keine Diskreditierung von Schwulen, Wohnungslosen, Menschen mit einer Behinderung etc. akzeptieren. Im Notfall reicht ein deutlich artikuliertes „Stopp und nicht weiter“ oder „Ich akzeptiere solche Äußerungen nicht“. Sicherlich hängt eine solche Intervention vor allem von der Persönlichkeit der aktiv werdenden Person ab. *Authentizität* ist nach meiner Erfahrung der beste Rückhalt, den wir in solchen Situation haben.

Wie gesagt, es geht nicht um eine Veränderung der rassistisch oder rechtspopulistisch agierenden Person, es geht darum deutlich zu machen, dass wir solche Äußerungen nicht akzeptieren, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Erst im letzten Schritt können wir versuchen, Menschen in ihren Einstellungen zu ändern. Aber dies ist ein langwieriger Prozess, der nicht mit einer Kurzintervention erreicht werden kann. Nur langfristige, vertrauensvolle Kontakte, wie sie in der Schule, einem Jugendtreff, im Freundeskreis möglich sind, können problematische Einstellungen möglicherweise verändern. Dabei ist der Balanceakt zwischen der Anerkennung und Wertschätzung der Person bei gleichzeitiger deutlicher Distanzierung von den menschenverachtenden Einstellungen, die geäußert werden, die große Herausforderung. Und ein glasklares politisches Standing der Lehrerin, des Sozialarbeiters, der Freundin ist die erste Voraussetzung für diese Begegnung.

¹ vgl. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article9255898/Moegen-Sie-keine-Tuerken-Herr-Sarrazin.html> (12.4.2017)

Literatur

Adorno, Theodor W. (1973 [1950]): Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a. M.

Biskamp, Floris (2016): Angst-Traum „Angst-Raum“. Über den Erfolg der AfD, „die Ängste der Menschen“ und die Versuche, sie „ernst zu nehmen“, in: IDA-NRW (Hg.): Überblick 3/2016, 3-10.

Sarrazin, Thilo (2010): Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München

Schleicher, Hubert (1997): Wie man mit Fundamentalisten diskutiert, ohne den Verstand zu verlieren. Anleitung zum subversiven Denken, München

Autorin

Anne Broden ist Leiterin des Projekts „Jederzeit wieder! Gemeinsam gegen Antisemitismus“ der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit.

IMPRESSUM

jugendsozialarbeit aktuell
c/o LAG KJS NRW
Ebertplatz 1
50668 Köln
E-MAIL: aktuell@jugendsozialarbeit.info
WEB: www.jugendsozialarbeit.info

jugendsozialarbeit aktuell (Print) ISSN 1864-1911
jugendsozialarbeit aktuell (Internet) ISSN 1864-192X

VERANTWORTLICH: Stefan Ewers
REDAKTION: Franziska Schulz
DRUCK/VERSAND: SDK Systemdruck Köln